



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

## **Zwischenbilanz sozialdemokratischer Parlamentspolitik**

Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag hat ihre eigene Handschrift in der großen Koalition deutlich gezeigt. Ich konnte mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen zwei Jahren vieles für Deutschland durchsetzen.

### **Punkt 1: Die Arbeitslosigkeit sinkt**

Über 712.000 weniger Arbeitslose als im Vorjahr zeigen einen wichtigen Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt. Mit rund 3,69 Mio. arbeitslosen Menschen liegt die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit mehr als über sechseinhalb Jahren nicht mehr. 26,70 Mio. Menschen sind augenblicklich sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ist ein Zuwachs binnen eines Jahres um rund 600.000. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung erreicht auch endlich den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Kurzum: Die Agenda 2010 wirkt. Hoffentlich verstetigt sich dieser Trend auch in den kommenden Konjunkturzyklen.

### **Punkt 2: Neue Instrumente für den Arbeitsmarkt**

Die Schwächeren erhalten eine faire Chance auf dem Arbeitsmarkt. Zum Beispiel durch den Qualifizierungs-Kombi für solche junge Menschen, die – teils ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung – länger arbeitslos sind und ohne Förderung keine Perspektiven hätten. Und durch einen sozialen Arbeitsmarkt für rund 100.000 Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen.

### **Punkt 3: Die Sozialversicherungsbeiträge sinken**

Die Sozialversicherungsbeiträge liegen wieder unter 40 Prozent. Den Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) haben wir Anfang des Jahres 2007 von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesenkt – das wurde möglich durch die Anhebung der Mehrwertsteuer. So niedrig war der AV-Beitrag seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Besonders wichtig: Arbeitnehmer haben durch die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge mehr Netto in der Tasche, für Arbeitgeber sinken die Lohnnebenkosten.

### **Punkt 4: Planungssicherheit für die Kommunen**

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen um jährlich 2,5 Mrd. Euro entlastet. Der Bund beteiligt sich mit 4,3 Mrd. Euro jährlich an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Bezieher. Das schafft Planungssicherheit für die Kommunen und gibt Raum für dringend benötigte öffentliche Investitionen. Noch wichtiger für die Planungssicherheit der Kommunen ist die Wirkung der Unternehmensteuerreform durch Verstetigung der Gewerbesteuer.



### **Punkt 5: Die Gewerbesteuer bleibt erhalten**

Vor der Bundestagswahl wollten CDU/CSU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmensteuerreform haben wir erreicht, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern dass sich die Einnahmensituation der Kommunen weiter verbessern wird. Mit der Stärkung der kommunalen Finanzkraft schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Städte und Kommunen in Zukunft wieder verstärkt investieren können, in Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude.

### **Punkt 6: Die Wirtschaft wächst**

Das 25-Mrd.-Euro-Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung setzt wichtige Impulse für mehr Wachstum und Arbeit.

Mit diesem Programm investiert die Bundesregierung in Mittelstand, Technologie, Verkehr, Familie und private Haushalte. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2006 um 2,8 Prozent. Auch für dieses Jahr erwarten wir ein ähnlich starkes Wachstum.

### **Punkt 7: Das Gebäudesanierungsprogramm**

Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite der KfW zu beschleunigen. Dadurch werden CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert und gleichzeitig Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen und erhalten.

2006 konnten mit Mitteln aus dem Gebäudesanierungsprogramm 265.000 Wohnungen und Eigenheime saniert werden. Investitionen von 11 Mrd. Euro wurden ausgelöst, 900.000 Tonnen Kohlendioxid wurden vermieden.

### **Punkt 8: Stärkung des Wirtschaftswachstums**

Mit einer modernen Haushalts- und Finanzpolitik setzt die SPD Fraktion wichtige Impulse zur Stabilisierung und Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs, konsolidiert den Haushalt, senkt die Nettokreditaufnahme und verändert den Haushalt strukturell – weg von vergangenheitsbezogenen Ausgaben hin zu Zukunftsaufgaben in solchen Bereichen wie Familie und Bildung. Im Jahr 2007 liegt die Nettokreditaufnahme so niedrig, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Erstmals seit 2001 hat Deutschland 2006 das Maastricht-Defizitkriterium eingehalten.

### **Punkt 9: Abbau von Steuervergünstigungen**

So wird beispielsweise die Attraktivität von Steuergestaltungsmodellen durch eine sogenannte Verlustverrechnungsbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnen.



### **Punkt 10: Starke Schultern tragen mehr**

Die Reichensteuer führt dazu, dass sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

### **Punkt 11: Unternehmensteuerreform 2008**

Zum 1. Januar 2008 bekommt Deutschland ein neues, reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden motiviert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland.

Künftig wird es für Unternehmen noch attraktiver sein, in Deutschland zu investieren und bei uns neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist das eigentliche Ziel dieser Reform. Es geht darum, neue Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland zu schaffen und dabei gleichzeitig die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen und für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

### **Punkt 12: Unterstützung für das Ehrenamt**

Die SPD würdigt das gesellschaftlichen Engagements. Eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft muss gestärkt werden. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht verordnen. Es mit verbesserten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zu fördern, ist und bleibt eine ständige politische Aufgabe. Durch Anreiz- und Unterstützungsmöglichkeiten müssen Vorteile für die Engagierten geschaffen und ausgebaut werden. Dazu dient das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

### **Punkt 13: Bessere Familienpolitik**

Auf Initiative von Renate Schmidt hat die Regierung das Elterngeld eingeführt. Mit dem Elterngeld werden Rahmenbedingungen geschaffen, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

Mit der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten setzen wir Anreize für neue Beschäftigung in privaten Haushalten und unterstützen gezielt Familien mit erhöhtem Betreuungsaufwand.



#### **Punkt 14: Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr**

Mit dem Rechtsanspruch ab 2013 stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt, auch in den Ausbau der Krippen und Kitas investiert werden.

Wichtig ist, dass sich der Bund auch an den Betriebskosten beteiligt. Nur so können die Kommunen ihrer neuen Aufgabe gerecht werden.

#### **Punkt 15: Investitionen in Forschung und Entwicklung**

In dieser Legislaturperiode stehen 6 Mrd. Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels erreicht, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben: Bis 2010 soll der FuE-Anteil am Bruttoinlandsprodukt in der EU auf 3 Prozent wachsen. Länder und Wirtschaft sind aufgefordert, ihren Anteil beizutragen.

#### **Punkt 16: Verstärkung der Verkehrsinvestitionen**

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Deshalb hat die Koalition zusätzlich 4,3 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 – 2009 für verstärkte Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vielen nachgelagerten Bereichen.

#### **Punkt 17: Zukunftsfeste Rentenversicherung**

Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demografischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkener Geburtenrate die Rentenversicherung vor große Herausforderungen stellt. Die Gesetzliche Rentenversicherung bleibt für mich bzw. die SPD-Fraktion die wichtigste Säule der Altersversorgung. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 19,9 Prozent soll in den nächsten Jahren stabil bleiben.

#### **Punkt 18: Wir erhöhen die Beschäftigungsquote Älterer**

Die Beschäftigungschancen Älterer muss erhöht werden. Mit der Initiative 50 plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.



### **Punkt 19: Erhöhung der Renten**

Nach drei Nullrunden steigt die Rente seit dem 1. Juli 2007 wieder. Die leider nur sehr geringe Rentenerhöhung um 0,54 Prozent wurde möglich durch die positiven Entwicklungen bei Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Löhnen im Jahr 2006. Durch den Aufschlag fließen pro Jahr 1,2 Mrd. Euro zusätzlich an die rund 20 Mio. Rentnerinnen und Rentner hierzulande. Auch sie profitieren damit vom Wirtschaftswachstum.

### **Punkt 20: Die Zukunft des Gesundheitssystems**

Die Gesundheitsreform wird unser Gesundheitssystem weiter entwickeln und die Grundlage dafür schaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Drei entscheidende Maßnahmen wurden durchgesetzt: Erstens ist künftig jeder gegen das Risiko Krankheit versichert. Dies war bisher nicht der Fall. Zweitens gilt in Zukunft: Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Und Drittens: Gesundheit bleibt bezahlbar. Es wurde Wettbewerb unter den Kassen ermöglicht und Instrumente entwickelt, die zu einer effizienten Verwendung der Mittel führen.

### **Punkt 21: Nichtraucherchutz**

Ab 1. September 2007 ist in Einrichtungen des Bundes und in bestimmten Einrichtungen des öffentlichen Personenverkehrs das Rauchen grundsätzlich verboten.

Die bereits bestehenden Vorschriften zum Schutz vor Passivrauchen, z. B. im öffentlichen Personenverkehr, werden verbessert. Zum Schutz der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Abgabe von Tabakwaren und das Rauchen in der Öffentlichkeit von 16 auf 18 Jahre angehoben.

### **Punkt 22: Innere Sicherheit**

Unsere Innen- und Rechtspolitik wird mittlerweile auch einschneidend durch internationale, außenpolitische und europäische Ereignisse mitbestimmt. Wir ergreifen für ein sicheres Leben in Deutschland alle nötigen Maßnahmen zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, achten aber auch darauf, die Bürger- und Freiheitsrechte zu wahren. Die weit reichenden Pläne des Bundesinnenministers gilt es abzuwehren.



### **Punkt 23: Doping ist – endlich strafbar**

Die SPD steht für eine glaubwürdige Anti-Doping-Politik. Der Sport - und nicht nur der Radsport - kann das Problem, entgegen immer wieder aus dem organisierten Sport geäußerten Behauptungen, nicht alleine lösen. Ein erster, lange überfälliger Schritt in die richtige Richtung ist das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport.

### **Punkt 24: Föderalismusreform**

Die Föderalismusreform sorgt für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung. Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze sinkt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Gleichwohl sehe ich der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern – insbesondere in der Bildungspolitik – noch Verbesserungspotential. Inzwischen gibt es auch eine Kommission, die die Bund-Länder-Finanzbeziehungen prüfen und klarer regeln soll.

### **Punkt 25: Weniger Bürokratie**

Weniger Bürokratie schafft neue Handlungsspielräume und verbessert Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit dem Mittelstandsentlastungsgesetz werden kurzfristig eine Reihe von ersten Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie auf den Weg gebracht. Der neu eingesetzte Nationale Normenkontrollrat hat die Aufgabe, Gesetze auf ihre kostenmäßige bürokratische Auswirkung hin zu überprüfen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

### **Punkt 26: Nachhaltige Umweltpolitik**

Moderne Umweltpolitik bedeutet, die Umwelt, Innovation und Beschäftigung nicht mehr als Gegensatz, sondern als Einheit zu begreifen.

Nach den Ergebnissen des G 8-Gipfels kommt es jetzt darauf an, diese mit detaillierten Inhalten zu füllen. Das 8-Punkte-Programm der Bundesregierung hat die Meßlatte klar definiert. Im Zentrum des Programms stehen die deutliche Senkung des Energieverbrauchs, der Neubau effizienterer Kraftwerke und der drastische Ausbau der Erneuerbaren Energien.

### **Punkt 27: Vorsorgender Verbraucherschutz**

Die SPD fühlt sich dem vorsorgenden Verbraucherschutz, einer aktiven Verbraucherpolitik und einer nachhaltigen Landwirtschaft verpflichtet, die die Interessen von Mensch, Wirtschaft, Umwelt und Natur in Einklang bringt.



Lothar Binding  
Mitglied des deutschen Bundestages

Mit einem Verbraucherinformationsgesetz werden die Verbraucherrechte gestärkt und eine aktive Verbraucherpolitik fortgeführt. Alle Verbraucher sollen Anspruch auf Informationen über Produkte haben, die der Behörde vorliegen.

### **Punkt 28: Europäische Union**

Deutschland hatte im 1. Halbjahr 2007 die Europäische Ratspräsidentschaft inne. Es ist unserer Präsidentschaft zu verdanken, dass die Europäische Union einen Fahrplan für die Erneuerung ihrer vertraglichen Grundlagen vereinbart hat und damit einer Lösung des stockenden Prozesses näher gekommen ist.

### **Punkt 29: International Verantwortung**

In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten. Dies gilt auch für den Vorsitz der G 8-Staaten, den Deutschland 2007 inne hat. Deutschland wird international auch durch die SPD als Friedensmacht und verlässlicher Partner wahrgenommen.

### **Punkt 30: G 8-Gipfel - Ergebnisse zur Entwicklungspolitik**

Die Ergebnisse des G 8-Gipfels im Juni in Heiligendamm im Bereich Entwicklungszusammenarbeit sind ein großer Erfolg der Arbeit unserer Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Dieser Gipfel war einer, der nicht nur die großen Wirtschaftsthemen im Blick hatte, sondern sich um überlebenswichtige Themen wie Klimaschutz, Hunger, Armut und Aids gekümmert hat.

Die G 8 haben gezeigt, dass sie bereit sind zu handeln und zu ihrem Versprechen stehen, die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Afrika bis 2010 zu verdoppeln. Wir stehen mit den G 8 zu diesem Versprechen von Gleneagles. Deutschland wird vom kommenden Jahr an seine Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr um 750 Mio. Euro erhöhen, wobei der überwiegende Teil dieser Mittel nach Afrika fließen wird. Für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria haben die G 8 zugesagt, in den kommenden Jahren 44 Mrd. Euro bereitzustellen. Deutschland wird sich daran mit 4 Mrd. Euro bis 2015 beteiligen.

Dieser Text geht zurück auf eine Information der SPD Bundestagsfraktion – Büro Dr. Peter Struck